



Presseinformation

Rentenkommission: Mehr Netto vom Brutto statt neuer Belastungen

Wuppertal, 30.06.2026

Die von der Bundesregierung eingesetzte Rentenkommission hat am 23. Juni Vorschläge für eine Reform der Alterssicherung vorgelegt. Mit ihren Empfehlungen will sie die gesetzliche Rentenversicherung angesichts des demografischen Wandels und steigender Finanzierungslasten stabilisieren. Zu den zentralen Vorschlägen zählen unter anderem die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters, die Abschaffung der abschlagsfreien Rente mit 63 sowie die Einführung einer kapitalgedeckten Rentenkomponente.

„Die Rentenkommission beschreibt die Herausforderungen unserer Alterssicherung zutreffend. Nun muss die Politik die richtigen Prioritäten setzen. Eine tragfähige Alterssicherung braucht mehr Erwerbstätigkeit und Reformen, die den Wechsel in reguläre Beschäftigung erleichtern“, erklärt Michael Schwunk, Sprecher der Geschäftsführung der VBU.

Mit Blick auf die vorgeschlagene Abschaffung der Minijobs betont die VBU deren hohe Bedeutung für Beschäftigte und Unternehmen und warnt vor den Folgen eines Wegfalls dieser Beschäftigungsform. Rund 6,5 Millionen Menschen arbeiten in Deutschland in einem Minijob. Für viele ist diese Beschäftigungsform eine flexible Möglichkeit, Familie, Pflege und Beruf miteinander zu vereinbaren. Gleichzeitig geben Minijobs Unternehmen den notwendigen Spielraum, um Auftragsspitzen aufzufangen und Personal flexibel einzusetzen. Sie ermöglichen zudem vielen Menschen überhaupt erst den Einstieg oder den Verbleib im Erwerbsleben.

Statt die Minijobs grundsätzlich infrage zu stellen, sollte aus Sicht der VBU der Übergang vom Minijob in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung attraktiver gestaltet werden. Für viele Beschäftigte lohnt sich dieser Schritt finanziell noch immer zu wenig. „Die gesetzliche Rente lässt sich langfristig nur sichern, wenn sich zusätzliche Arbeit wieder lohnt. Wer seine Arbeitszeit ausweitet oder von einem Minijob in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wechselt, muss davon auch finanziell profitieren. Mehr Netto vom Brutto ist dafür der richtige Weg“, betont Schwunk.

Auch bei der Finanzierung der vorgeschlagenen Reformen muss aus Sicht der VBU nachgebessert werden. Die Rentenkommission schlägt vor, die neue kapitalgedeckte Rentenkomponente schrittweise über einen zusätzlichen Beitragssatz von insgesamt zwei Prozent zu finanzieren, den Arbeitgebende und Arbeitnehmende jeweils zur Hälfte tragen sollen. „Entscheidend ist jetzt eine schnelle und konsequente Umsetzung

VBU® Wuppertal
Wettinerstraße 11
42287 Wuppertal
Tel. 02 02 / 25 80-0
Fax 02 02 / 25 80-2 58
info@vbu-net.de
www.vbu-net.de

VBU® Solingen
Neuenhofer Straße 24
42657 Solingen
Tel. 02 12 / 88 01-0
Fax 02 12 / 88 01-35

zentraler Reformen. Klar ist dabei: Weitere zusätzliche Belastungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer dürfen nicht entstehen – die Lohnnebenkosten dürfen nicht weiter steigen. Gleichzeitig ist eine Stärkung der kapitalgedeckten Vorsorge ein richtiger Schritt, um das Rentenniveau langfristig zu sichern. Sie sollte jedoch innerhalb des bestehenden Systems finanziert werden. Gerade für die jüngere Generation muss gelten: Arbeit muss sich stärker lohnen. Wer mehr leistet und länger arbeitet, muss auch mehr Rente bekommen“, erklärt Vera Bökenbrink, Vorstandsvorsitzende der VBU.

Kontakt/Ansprechpartnerin:

Lena Hoseit

Vereinigung Bergischer

Unternehmerverbände e.V.*

Tel.: 0202 / 2580-152

Mobil: 0151 / 70559153

E-Mail: hoseit@vbu-net.de

* Die Vereinigung Bergischer Unternehmerverbände e.V. (VBU®) ist eine Dachorganisation, in der 9 selbstständige Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände zusammengefasst sind. Wir betreuen über 500 Unternehmen mit rund 60.000 Mitarbeitern. Weitere Informationen zur VBU®: www.vbu-net.de